



Baupolitik ist auch Klimapolitik

Das Klima wird sich weiter erwärmen. Nach den Erkenntnissen der Klimaforschung ist die Sicherung von Frei- und Grünflächen für Städte und Ballungsräume zur Anpassung an den Klimawandel ebenso unverzichtbar wie eine umsichtige Stadtplanung. Insbesondere im dicht bebauten Talkessel des Rheins ist es für die Umwelt- und Wohnqualität von großer Bedeutung, in den Hauptwindlaufzonen keine störenden Planvorhaben zu genehmigen, die lufthygienische Nachteile und die örtliche Zunahme von Hitzestress erwarten lassen. Jede versiegelte Grünfläche kann nicht mehr als Kaltluftbildungsfläche dienen.

Bild links: Übersicht Plangebiet

Haben Sie Anregungen oder Anliegen? Sprechen Sie uns an:



Fraktionsvorsitzender
und Stadtverordneter
Marcel Schmitt
Altes Rathaus
Markt 2
53111 Bonn
Tel.: 0228 -240 691 58



Stellv. Fraktionsvorsitzender
und Stadtverordneter
Johannes Schott
Altes Rathaus
Markt 2
53111 Bonn
Tel.: 0178-493 20 13

BBB – Ihre Stimme im Stadtrat

www.bbb-im-rat.de

V.i.S.d.P.: **BBB**-Fraktion, Altes Rathaus, Rathausgasse 5-7, 53111 Bonn,
Tel.: 0228-77 54 45, Fax: 0228-77 54 47, e-mail: bbb.fraktion@bonn.de
Geschäftsführer: **Ingmar Gahm**
Spenden an den Verein Bürger Bund Bonn: Sparkasse KölnBonn IBAN: DE07 3705 0198 0052 0004 37

BBB

Bürger Bund Bonn

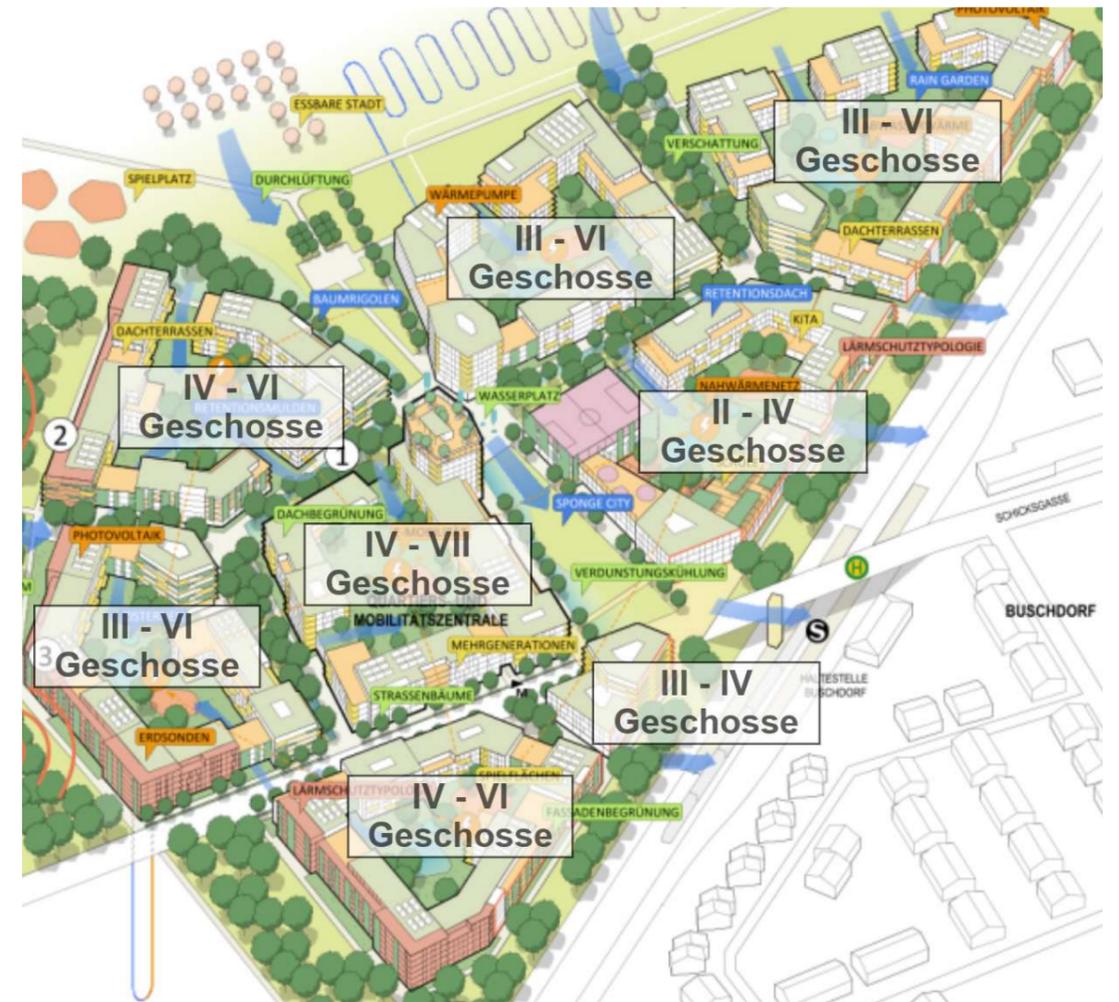
Unabhängige Wählergemeinschaft

Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Wir informieren Sie:

Baugebiet "Im Rosenfeld"

Beton und Verdichtung statt Freiflächen. Ist das die grüne Antwort auf den Klimawandel?



Bildquelle: Städt. Drucksache 241214: Siegerentwurf des Büros Schellenberg + Bäumler / Erläuterung Geschosshöhen durch BBB

**Nutzen Sie Ihre Möglichkeit zur
Bürgerbeteiligung!**

Geplante Bebauung:



Bildquelle: Städt. Drucksache 241214: Siegerentwurf des Büros Schellenberg + Bäumler

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Der Stadtrat hat auf einen **gemeinsamen Antrag von Grünen und CDU** am 7. September 2020 beschlossen, den gültigen Bebauungsplan „Rosenfeld“ durch eine neue Planung mit einem weit höheren Anteil an Geschoss- und Sozialwohneinheiten als bisher zulässig zu ersetzen. Die **BBB**-Fraktion stimmte seinerzeit gegen die Abkehr von dem aus dem Jahr 2012 stammenden Ortsrecht, weil sie die rechtskräftige Planung für den Bau von Familien- und Reihenhäusern mit insgesamt ca. 280 Wohneinheiten beibehalten wollte.

Die vorliegende Neuplanung für das rund 18 Hektar große Areal zwischen der Autobahn 555, der Grenze zur Stadt Bornheim, der Trasse der Stadtbahn Köln-Bonn und der Schickgasse sieht eine erhebliche bauliche Verdichtung des Plangebietes mit Geschosswohnbauten vor. In den Gebäuderiegeln mit bis zu sieben Geschossen sollen rd. 800-900 Wohneinheiten entstehen. Der Anteil der Sozialwohnungen daran soll bei 50% liegen. Für die bei Planrealisierung ca. 2.400 -2.700 nach Buschdorf Zuziehenden sind eine Kindertagesstätte und eine Grundschule vorgesehen.

Wir haben **Bedenken** gegen die von Oberbürgermeisterin Katja Dörner (B90/Grüne) als Jurymitglied prämierte und sodann von ihr dem Stadtrat zur Umsetzung vorgeschlagene Planung:

- Die Bebauung mit mehreren Wohnblöcken und bis zu sieben Geschossen ist viel zu **massiv geplant**.
- Durch die zu hohe und querriegelhafte Bebauung wird die heute noch vorhandene **Belüftung Buschdorfs** durch häufige West und Westnordwestwinde **erheblich eingeschränkt**. Mit dem deutlich verringerten Luftaustausch wird die **Wärmebelastung** im Ort gerade an Hitzetagen im Sommer spürbar zunehmen.
- Der durch die Kita, die Schule und insbesondere die hohe Anzahl der Wohnungen vom Vorhaben ausgelöste Verkehr wird in vielen Bereichen Buschdorfs zu einer erheblichen **Steigerung des Verkehrsaufkommens** führen. Auch dürfte der **Parkdruck** in der direkten Umgebung des Projektes **zunehmen**, da nicht zu erwarten steht, dass im Baugebiet die tatsächlich notwendige Anzahl von einem Stellplatz pro Wohneinheit gebaut werden wird.
- Mit der Aufhebung des Ortsrechtes wird das von der grün-roten Ratsmehrheit und OB Dörner beabsichtigte Ziel, keine Einfamilienhäuser mehr in Bebauungsplänen vorzusehen, verfolgt. Nur noch **Mietskasernenbau** in Bonn zuzulassen, halten wir für falsch. Für uns muss es auch in Zukunft möglich sein, dass sich insbesondere junge Familien in Bonn Wohneigentum schaffen können.

Die Einsichtnahme der Pläne ist bis 19. März 2025 im Stadthausfoyer, Berliner Platz 2, 53111 Bonn, während der Dienststunden möglich, und zwar montags und donnerstags von 8 Uhr bis 18 Uhr sowie dienstags, mittwochs und freitags von 8 bis 13 Uhr. Online können die Unterlagen via www.bonn-macht-mit.de/beteiligungen/rosenfeld eingesehen werden.

Wenn Sie unsere Vorbehalte teilen oder möglicherweise weitere Einwände gegen die Planung haben, nutzen Sie Ihre Chance, diese während der frühzeitigen Bürgerbeteiligung in der Zeit bis zum 19. März 2025 vorzutragen. Dies kann über die Kommentarfunktion der Beteiligungsplattform „**bonn macht mit**“ oder einfach per Brief an die Oberbürgermeisterin (Berliner Platz 2, 53111 Bonn) erfolgen.

Ihr
Bürger Bund Bonn
Fraktion im Rat der Stadt Bonn